Detailansicht des Registereintrags

Mutterschutz für Alle! e.V.

Aktuell seit 30.10.2026 14:14:05

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R007905
Ersteintrag:	23.03.2026
Letzte Änderung:	30.10.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	–
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Auf dem Boll 17 49594 Alfhausen Deutschland Telefonnummer: +4915736218718 E-Mail-Adressen: verein@mutterschutzfueralle.de johanna.roeh@mutterschutzfueralle.de Webseiten: www.mutterschutzfueralle.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
20.001 bis 30.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Johanna Röh**
   Funktion: 1. Vereinsvorsitzende
2. **Constanze Wolff**
   Funktion: stellvertretende Vorsitzende
3. **Katja Worbis-Ise**
   Funktion: stellvertretende Vorsitzende

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):

1. **Johanna Röh**
2. **Constanze Wolff**
3. **Katja Worbis-Ise**

Gesamtzahl der Mitglieder:
408 Mitglieder am 26.12.2025, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (2):
1. Bündnis Mutterschutz für Selbstständige
2. Deutscher Frauenrat - Lobby der Frauen in Deutschland e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (11):
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; EU-Gesetzgebung; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Gesundheitsförderung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Handwerk; Kleine und mittlere Unternehmen; Versicherungswesen; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Der Verein bündelt branchenübergreifend die Interessen von Selbstständigen gegenüber Politik und Gesellschaft. Das Bündnis Mutterschutz für Selbstständige vereint Stimmen aus Verbänden, Organisationen, Politik sowie von Einzelpersonen.

Ausgangspunkt der Interessenvertretung ist die bislang fehlende gesetzliche Absicherung selbstständiger Frauen bei Schwangerschaft und rund um die Geburt. Während angestellte Frauen seit 1952 durch das Mutterschutzgesetz geschützt sind, fehlt für Selbstständige bis heute eine vergleichbare gesetzliche Regelung. Ziel ist die gesetzliche Verankerung eines wirksamen Schutzes für Selbstständige, damit Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in der Selbstständigkeit ohne gesundheitliche und wirtschaftliche Risiken möglich wird.

Zur Wahrnehmung dieser Interessen führen wir Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aus Bundestag und Bundesregierung, organisieren und verantworten Veranstaltungen zu politisch relevanten Themen und übermitteln Positionen sowie Stellungnahmen an politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger. Ein weiteres Ziel ist die Einbindung als Sachverständige in relevanten Bundestagsausschüssen.

Konkrete Regelungsvorhaben (2)

1. **Mutterschutz für Selbstständige**

   Beschreibung:
   Als Betroffene des fehlenden Mutterschutzes in der Selbstständigkeit möchten wir eine Änderung des Mutterschutzgesetzes bewirken, sodass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in der Selbstständigkeit ohne besondere Risiken für die Schwangere möglich ist.

   Betroffenes geltendes Recht:
   MuSchG 2018 [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Handwerk [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2608050016** (PDF - 27 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 28.07.2026 an:

      Bundesregierung
      Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

2. **Elterngeld**

   Beschreibung:
   Gegenstand der Interessenvertretung ist der Referentenentwurf eines Änderungsgesetzes mit Neuregelungen zum Elterngeld, Vereinfachungen im Leistungsrecht sowie Änderungen des Mutterschutzgesetzes. Ziel der Einflussnahme ist die Ausgestaltung des Elterngeldmodells (vier Monate mit 80 Prozent und sechs weitere flexibel aufteilbare Monate mit 50 Prozent Einkommensersatz je Elternpaar; höchstens zehn Basiselterngeldmonate je Elternteil und insgesamt bis zu 14 Monate), die Anhebung des Mindestbetrags auf 330 Euro und des Höchstbetrags auf 1.900 Euro, die Ausweitung des Geschwisterbonus sowie der Abbau

bürokratischer Anforderungen. Darüber hinaus betrifft die Interessenvertretung die vorgesehenen Änderungen des Mutterschutzgesetzes zum Schutz schwangerer und stillender Frauen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Gesetz zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes zur Weiterentwicklung und Vereinfachung des Elterngeldes sowie des Mutterschutzgesetzes
Datum des Referentenentwurfs: 28.10.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BEEG [alle RV hierzu]; MuSchG 2018 [alle RV hierzu]; MuSchEltZV [alle RV hierzu]; BBG 2009 [alle RV hierzu]; VVG 2008 [alle RV hierzu]; VVGEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Familienpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2610300017** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 30.10.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
1 bis 10.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gewinnermittlung-2024.pdf